

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 246

28. Dezember 1982

Hans Büchler MdB, SPD-
Obmann im innerdeutschen
Ausschuß, sieht die
Deutschlandpolitik am
Wendepunkt: Kalter Krieg,
konservativer Stillstand
oder neue Impulse?

Seite 1

Hermann Scheer MdB wirft
Kanzler Kohl vor, deutsche
Interessen preiszugeben:
Britische und französische
Raketen gehören in das
Paket.

Seite 3

Gert Weisskirchen MdB
kommentiert den angeblich
positiven Erfolge in der
Bildungspolitik: Etikett-
schwindel.

Seite 4

Dokumentation

Erhard Eppler auf dem
Berliner SPD-Landespartei-
tag: Umweltschutz ist
kein Spleen gelangweilter
Mittelständler. (Teil II)

Seite 5

Deutschlandpolitik am Wendepunkt

Kalter Krieg, konservativer Stillstand oder neue Impulse?

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im innerdeutschen Aus-
schuß

1983 könnte das Jahr des Scheideweges der Deutschlandpolitik
werden. Das wird davon abhängen, was wir tun, noch eher
davon, was wir unterlassen:

- Es wird sich entscheiden, ob durch eine neue sozialdemo-
kratisch geführte Bundesregierung die Politik des Frie-
dens, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit weitergeführt
und zu neuen Perspektiven geführt werden kann.
- Es wird sich entscheiden, ob die Weizsäcker-Linie oder
die CSU-Linie in der Deutschlandpolitik durchgesetzt wird,
sollte die in sich gesplante Union die Regierungsverant-
wortung wieder erhalten.

Die Weizsäcker-Linie wird nichts weiter bewirken, als die
jetzigen Standards im zwischenstaatlichen Verhältnis
einigermaßen zu halten, ohne größere Impulse, ohne Weiter-
entwicklung der Politik über das hinaus, was in 13 Jahren
von der sozialliberalen Koalition entwickelt worden ist.
Das heißt, wenn wir dieser Möglichkeit nicht hellwach be-
gennen, werden die innerdeutschen Beziehungen verkümmern,
das Vertragswerk seiner vitalen politischen und morali-
schen Inhalte beraubt und reduziert werden auf rein tech-
nische Abwicklungen des mit der DDR Vereinbarten.

Es ist eine Tatsache, daß eine ganze Reihe einflußreicher
Politiker in der Union, in den Vertriebenenverbänden und
in der Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher selbst diesen
Kurs nicht wollen, weil sie seit Jahren die Deutschland-
politik der sozialliberalen Koalition erbittert mit allen
Mitteln bekämpft haben, betreiben sie rücksichtslos die
Rückkehr zur Deutschlandpolitik der 50er Jahre. Sie, die
sich zu Erben Konrad Adenauers versteigen, wollen dem deut-
schen Volk die Erblast des Kalten Krieges wieder aufbürden.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Fremdplatt-Druck
auf recyclingfähigen
Kreuzlin-Papier



Worden die Neokonservativen ihre Strategie der "nationalen Erneuerung" durchsetzen, wird es zur Aufkündigung der unter großen Mühen gestalteten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kommen, die Gräben werden wieder aufgerissen und der Grundlagenvertrag seine den Frieden beschützende Funktion verlieren. Strauß ist auf dem Weg dazu. Seine Aussagen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bundeskanzler Kohl streicht die Segel und versteigt sich immer mehr in verbale Kraftmeierei.

Unser Auftrag

Uns Deutsche eint als Nation die Verpflichtung, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Den Grundlagenvertrag, der uns zur Erfüllung dieser großen Aufgabe befähigt, werden wir wie einen Augapfel hüten und nicht zulassen, daß von unserer Politik des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und des Friedens je abgegangen wird.

Bei unserem Bemühen, Geist, Inhalt und Normen des Grundlagenvertrages zu bewahren, dürfen wir nicht vergessen, daß selbst unter den jetzt geltenden Voraussetzungen vertragliche Punkte noch nicht erfüllt sind. Dabei kann es nicht allein um die Folgeverträge über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Umweltschutzes und der Kultur gehen. Auch das ständige Sich-Berufen auf Artikel 7 des Grundlagenvertrages ist unpolitisch und führt nicht zu neuen Qualitäten, die der Politik Perspektiven verleihen könnten. Wer den Vertrag nur nach den Verpflichtungen des anderen beurteilt und sich nur das aussucht, was ihm genehm ist, handelt wie ein Krömer, der nur den eigenen Vorteil vor Augen hat.

Nahezu völlig in Vergessenheit geraten ist Artikel 5 des Grundlagenvertrages; in dem sich die beiden deutschen Staaten zur Zusammenarbeit bei der Kontrolle und Verminderung der Rüstungen und bei der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen verpflichtet haben.

Der Auftrag aus Artikel 5 muß endlich von beiden Regierungen aufgegriffen und erfüllt werden. Nicht das jeweilige Militärbündnis sollte die Staatsräson der beiden deutschen Staaten bestimmen, sondern der Auftrag zur Erhaltung des Friedens. Die beiden Regierungen können diese lebenswichtige Frage nicht allein ihren Führungsmächten überlassen.

Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik

Nur leichtsinnige Politiker übersehen den stabilisierenden Wert der Deutschlandpolitik für die Friedenssicherung in Europa. Deshalb muß es für eine auf Friedenssicherung ausgerichtete Politik zu den Prioritäten gehören, die Deutschlandpolitik weiterzuentwickeln.

Unabhängig davon, ob Sozialdemokraten oder Christdemokraten nach dem 6. März regieren - eine Deutschlandpolitik muß neue Impulse erhalten.

Je konservativer oder reaktionärer aber eine Regierung nach dem Wahltag aussieht, desto dringender wird eine Friedens- und Abrüstungsdiskussion in Deutschland. Es darf zu keinem Spiel mit dem Feuer kommen. Der Flächenbrand wäre unvermeidlich.

Selbst wenn man davon ausgehen kann, daß Sozialdemokraten in erster Linie den Dialog, wie in den vergangenen Jahren suchen und damit einen aktiven Beitrag zur Friedenssicherung leisten, muß dieser Dialog auf eine breitere Basis gestellt werden. Es wäre gut, wenn die Regierungen der beiden deutschen Staaten im Geiste des Artikel 5 des Grundlagenvertrages die Voraussetzungen schaffen würden, daß ein unabhängiges Gremium aus Wissenschaftlern, Journalisten, Publizisten, Sachverständigen, auch Politikern aus der Bundesrepublik und der DDR sich regelmäßig treffen, um der Deutschlandpolitik neue Impulse zu geben.

Dieses Deutschland-Forum soll Vorschläge erarbeiten, die zu einem sachlichen und konstruktiven Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten führen. Zielpunkt ist, daß in alle lebenswichtigen Fragen der Deutschen ein gemeinsamer Standpunkt in die internationale Politik eingebracht wird, soweit die Bündnisverpflichtungen realistischer Weise dies zulassen. (-/28.12.1982/ks/ca)

+ + +



Kohl gibt deutsche Interessen preis

Britische und französische Raketen gehören in das Paket

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Bereits der Münchner Parteitag der SPD hat im April 1982 in seinem sicherheitspolitischen Beschluß festgehalten: "Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein."

Jedem Kundigen diesseits und jenseits des Atlantiks ist seit langem klar, daß die Frage der Berücksichtigung dieser Systeme die Schlüsselfrage ist, ob es bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis kommt. Wenn bereits Helmut Schmidt im Sommer 1982 erklärte, die Eröffnungspositionen der beiden Weltmächte müßten realistischer werden, dann zielte er auch darauf ab. Es war deshalb ein schwerer Fehler der Regierung Kohl, im gemeinsamen Kommuniqué des letzten deutsch-französischen Konsultationstreffens, dem französischen Wunsch entgegenzukommen und gemeinsam mit Mitterrand festzustellen, daß die französischen Systeme nicht zu berücksichtigen seien. Damit baute Kohl von sich aus ein Hindernis zu einem Verhandlungserfolg auf. Wenn für gute Noten von anderen Staatschefs deutsche Interessenpositionen preisgegeben werden, so betreibt man um des Scheins willen eine Außenpolitik, die sich für uns bitter rächen kann.

Obwohl die französische wie die britische Regierung eine Einbeziehung ihrer Nuklearraketen ablehnen, ist den dafür angegebenen Gründen zu widersprechen. Die Systeme sind aus folgenden Gründen zu berücksichtigen:

- Der NATO-Doppelbeschluß entstand, weil das eurostrategische Gleichgewicht durch die sowjetische Mittelstreckenmodernisierung gefährdet war. Es darf also bei den Verhandlungen nicht in erster Linie um ein sowjetisch-amerikanisches Mittelstreckenraketen-Gleichgewicht gehen, es geht um das eurostrategische Gleichgewicht. Frankreich und Großbritannien gehören aber unzweifelhaft zu Europa.
- Von der Sowjetunion ist nicht zu erwarten, daß sie ihre Mittelstreckenraketen auf Null abbaut und sich dann in Europa immer noch den französischen und britischen Raketenpotentialen gegenüberstellt, die in den nächsten Jahren überdies noch aufgerüstet werden sollen und die natürlich gegen die Sowjetunion gerichtet sind.
- Die Nichtberücksichtigung der französischen und britischen Raketen wäre gleichbedeutend mit dem verdeckten Anspruch auf eine westliche Überlegenheit. Denn wenn das Gleichgewicht streben zwischen Ost und West sich nur auf ein amerikanisch-sowjetisches nukleares Gleichgewicht bezieht, hätte der Westen insgesamt eine klare Überlegenheit. Innerhalb des Warschauer Paktes ist nur die Sowjetunion Nuklearmacht, innerhalb der NATO sind es die USA und Großbritannien, und in bedingtem Maße gehört auch Frankreich dazu.
- Frankreich und Großbritannien dürfen nicht so tun, als seien sie - je nach Bedarf - einmal westlicher Verbündeter und ein anderes Mal in ihrer Sicherheitspolitik unabhängig davon. Beide waren an der Entstehung des NATO-Doppelbeschlusses beteiligt. Großbritannien ist Vollmitglied der NATO. Das französische Verteidigungspotential ist abgestimmt auf das der NATO, weil es darauf aufbaut, daß die NATO in Westeuropa einen Puffer für Frankreich darstellt, so daß das französische Abschreckungspotential als ein Abschreckungspotential der zweiten Linie gilt.
- Es heißt, die französischen und britischen Systeme dürften nicht einbezogen werden, weil es sich um strategische Systeme handle und nicht nur um Mittelstreckenwaffen. Die Frage der schematischen Einordnung von Waffensystemen ist aber ein reines inner-westliches Problem. Die Sowjetunion muß dagegen die tatsächlichen Waffenpotentiale und nicht das theoretische Schema sehen.

Aus all dem ergibt sich, daß es kein stichhaltiges Argument gibt, die französischen und britischen Systeme nicht zuberücksichtigen. Daß im Westen noch die Frage zu klären ist, wie dies zu geschehen hat, ist dabei selbstverständlich. Wer sich aber diesem Begehren entzieht, der läßt die schwere Schuld des Scheiterns der Verhandlungen auf sich und will möglicherweise nicht zugeben, daß er nachrüsten und nicht abrüsten will. Dafür dürften wir aber unser Territorium nicht hergeben. (-/28.12.1982/bgy/ca)

+ + +

Etikettenschwindel auch in der Bildungspolitik

Zu den angeblich positiven Erfolgen der Rechtskoalition in der Bildungspolitik

Von Gert Weisskirchen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Es ist schon erstaunlich, wie der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer bei der unsozialen und familienfeindlichen Bildungspolitik der Union zu einer positiven Bilanz kommt.

- o Da behauptete Pfeifer nach kurzer Zeit seines Amtsantritts, die neue Bundesregierung habe sich vom ersten Tag an ihrer Politik auf die Bewältigung des Lehrstellenmangels konzentriert und die Erfolge "seien für jedermann sichtbar".

Richtig dagegen ist: Die Rechtskoalition spielt die Ausbildungsplatzsituation herunter und beschränkt sich auf Gesundbetereien. Bei über 36.000 derzeit fehlenden Ausbildungsplätzen wird mit solchen Phrasen noch nicht einmal das Problembewußtsein der Arbeitgeber erhalten, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Dezember 1980 zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Verantwortung dafür tragen, daß jeder Jugendliche, der das will, einen Ausbildungsplatz erhält.

- o Da behauptete Pfeifer, daß er mit genügend Lehrstellen für 1983 rechne.

Richtig dagegen ist: Bis 1985/86 ist mit einer gleich hohen Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen zu rechnen. Verursacht wird diese Verschiebung durch die höhere Zahl der beruflichen Vollzeitschüler, durch den schwachen Arbeitsmarkt, durch eine Verschärfung der Diskussion über Akademikerarbeitslosigkeit. Insbesondere wird ab 1983 sich auch der Abschreckungseffekt durch den Schüler-BAföG-Kahlschlag auf dem Ausbildungsplatzmarkt auswirken.

- o Da behauptete Bundesministerin Wilms, daß "bei allen ernstzunehmenden Einwendungen" man vergeblich auf Vorschläge gewartet habe, die angesichts steigender Schüler- und Studentenzahlen und "der zerrütteten Staatsfinanzen" eine bessere Lösung hätte gefunden werden können.

Richtig dagegen ist: Die SPD-Bundestagsfraktion hat sowohl im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft als auch in der Debatte zum Bundeshaushalt 1983 im Deutschen Bundestag einen Antrag eingebracht, der die Wiederaufnahme der gestrichenen 200 Millionen DM für die Schülerförderung vorsieht und dafür auch Deckung beibringt. Dieser Antrag wurde von CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Fazit:

Mit allerlei Etikettenschwindel versucht also die Rechtskoalition den vielen Millionen jungen Menschen, die in den kommenden Jahren um ihre Bildungschancen geprellt werden, Sand in die Augen zu streuen. Mit diesen Methoden wird klar, daß die Regierung Kohl/Genscher entschlossen ist, ihren unsozialen Weg zu Ende zu gehen. Hier werden Lebensschicksale einer ganzen Generation Vorwänden geopfert, die nichts anderes beinhalten, als das zynische Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Dieses Mal sind es eben die Bildungs- und Zukunftschancen vieler junger Menschen, die von unten nach oben neu verteilt werden.

Sozialdemokraten werden gegen den Abbau von Chancengleichheit und damit gegen die Schaffung neuer Privilegien für Besserverdienende kämpfen. Wir werden dieser Bestrafungsaktion junger Menschen - und wird sie noch so salbungsvoll von der Rechtskoalition verkauft - schonungslos aufdecken und bekämpfen. (-/28.12.1982/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hat das SPD-Vorstandsmitglied, Erhard Eppler, am Monatsanfang ein Grundsatzreferat gehalten, dessen Tonband-Mitschrift jetzt vorliegt. Wir veröffentlichen den Text auszugsweise in drei Teilen. (Teil II)

Umweltschutz ist kein Spleen gelangweilter Mittelständler

So simpel sehen die Dinge aus, wenn man einmal den Begriff Wachstum für fünf Minuten vergißt. Wenn jemand jetzt sagt, wer bezahlt das dann, dann ist meine Antwort, Arbeitslosigkeit bezahlen immer die Arbeitenden, ganz gleich wie. Die Frage ist doch nur, ob diese Arbeitenden, dafür, daß sie die Arbeitslosigkeit bezahlen müssen, etwas bekommen, nämlich etwas mehr Freizeit. So ist doch die Frage zu stellen. Nun weiß ich sehr wohl, daß damit nicht alles erledigt ist, daß dann nur die Probleme im Detail beginnen, die regionalen, die sektoralen Probleme beginnen. Daß die Frage beginnt, bis wann schlägt eine Arbeitszeitverkürzung durch? Welche Arbeitszeitverkürzung schlägt am besten durch? Das alles wäre dann im Detail zu behandeln. Nur, wenn wir diesen Ansatz überhaupt nicht haben, werden wir eine laufende Steigerung der Arbeitslosigkeit bekommen, und es besteht dann keine Hoffnung auf Reduzierung. Das heißt, wer von Wachstum, Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwartet, betrügt sich selbst und möglicherweise auch andere. Wer Ökonomie nimmt als die Lehre vom zweckmäßigen rationellen Einsatz knapper Ressourcen, dazu gehört auch die Arbeit zur Befriedigung von Bedürfnissen, der wird wenigstens einen Ansatz finden. Übrigens einen Ansatz, der der Tradition der Arbeiterbewegung besser entspricht als der Wachstumsansatz, wenn ich das richtig sehe. In der Tradition der Arbeiterbewegung ist es nie darum gegangen, wieviel Wachstum schaffen wir, damit jeder lange genug beschäftigt ist, sondern die Frage war, wie können wir unsere Produktion so rationalisieren, daß die Bedürfnisse reichlich befriedigt werden auf der einen Seite und der Mensch mehr Freizeit bekommt.

Wenn man nun ausgeht von den Bedürfnissen, dann gehört zu den Bedürfnissen auch die Umwelt, und zwar zu den Grundbedürfnissen. So wie Nahrung, Kleidung, Bildung zu den Grundbedürfnissen gehören, auch die soziale Sicherung, so gehören auch Wasser, Luft, Boden, Übrigens auch der Wald in diesem Land, und damit die ganzen ökologischen Gleichgewichte, zu den Grundbedürfnissen, und wachsen soll denn, wenn ich es richtig sehe, das, was zur Befriedigung solcher Bedürfnisse, Grundbedürfnisse, aber auch höherer Bedürfnisse, wie Kommunikation, Kultur, dient. Wenn ich richtig sehe, hat der Text der Antragskommission dies alles bereits eingefangen, wachsen soll, was der Lebensqualität dient und nicht wachsen soll, was ihr im Wege steht.

Laßt mich ein paar Beispiele nennen, das ist nämlich viel einfacher. Im Grunde sind wir ja schon dabei, wir haben es nur noch nicht ganz begriffen. Keiner von uns sagt mehr, der Energieverbrauch soll wachsen. Wir sind alle der Meinung, er soll gerade nicht wachsen. Wachsen soll alles, was den Energieverbrauch drosseln kann, vom Sonnenkollektor bis zur Wärmedämmung. Da haben wir bereits eine Entscheidung getroffen. Das eine soll nicht mehr wachsen. Und weil das eine nicht mehr wachsen darf und damit das eine nicht mehr wächst, soll etwas anderes wachsen. Dies ist das Denkraster, das eigentlich sehr simpel ist und so schrecklich schwer zu erklären ist.

Ein anderes Beispiel: Wenn wir den Landverbrauch nicht mehr wachsen lassen wollen - und nebenbei, in dem Bundesland, in dem ich lebe, ist in der Zeit von den ersten Menschen, die dort gesiedelt haben, bis zum Jahr 1948 soviel Land verbraucht worden, wie seit 1948 bis jetzt, das heißt, der überbaute, betonierte Raum ist innerhalb von gut 30 Jahren verdoppelt worden gegenüberdem, was seit Beginn menschlicher Geschichte überbaut worden ist, jeder kann sich vorstellen, daß das nicht beliebig so weitergehen kann -, dann muß alles zunehmen, was den Landverbrauch eindämmt. So einfach ist das. Dazu gehört dann zum Beispiel die Modernisierung der Bundesbahn, die ja auf meist schon bestehenden Strecken fährt, dazu gehört der öffentliche Nahverkehr, alles Dinge, die ja auch in Eurem Antrag stehen, dazu gehört dann, daß man Streckenstilllegungen, die jetzt wieder akut werden in der Bundesrepublik, so nicht hinnimmt, weil sie notwendig neuen Landschaftsverbrauch nach sich ziehen; oder wenn wir das, was wir Gesundheitswesen nennen, nehmen, mit einem etwas übertriebenen Begriff. Wenn wir der Meinung sind, die Zahl der Krankenhausbetten soll nicht mehr wachsen, dann muß doch wohl alles wachsen, was uns



Krankenhausbetten sparen kann, also ambulante Dienste. Die können sehr wohl regional sein. Die können sehr wohl örtlich sein. Das können sehr wohl kleine Netze sein. Dazu gehört alles, was Gesundheitsvorsorge betrifft, bis hin zur Heilgymnastik. Das alles muß wachsen. Es muß vielleicht die Nahrung denaturiert werden, das heißt, daß sie dann mehr wert wird. Das geht sogar auch in die Wachstumsstatistik ein.

In unserer Partei ist der Begriff, nicht von mir, geprägt worden, wir wollen qualitatives Wachstum. Ich ziehe einen anderen Begriff vor, nämlich den des selektiven Wachstums. Qualitatives Wachstum, dahinter kann man sich ein bißchen verstecken. Selektiv heißt, wir müssen auswählen, wo etwas wachsen soll und wo nicht. Qualitativ, gut, das kann man an einigen Beispielen deutlich machen. Aber für Sozialdemokraten ist das vielleicht eine Kardinalfrage aller Politik. Denn wenn wir keine öffentliche demokratische Diskussion darüber erzwingen, was wachsen soll und was nicht, wenn wir einfach Wachstum fordern, dann gibt es auch welche, die entscheiden, was wachsen soll. Aber das ist dann kein demokratischer Prozeß mehr, sondern das wird dann in den Chefetagen der multinationalen Konzerne entschieden, die uns dann sagen, worin dieses Wachstum bestehen soll. Deshalb ist es eine eminent politische Frage. Ich fürchte sogar, Politik der 80er Jahre wird die Frage sein, was soll wachsen und was nicht. Wer dies ausklammert, wird eigentlich nur noch verwalten können, solange, bis es sich dann auch nicht mehr verwalten läßt. Aber Politik ist das dann wohl nicht mehr.

Strompreissteigerungen wegen Überkapazitäten

Von Qualität ist die Rede. Natürlich kann Wachstum auch ein neues Kernkraftwerk sein. Nebenbei - habt Ihr schon gemerkt, wie die Begründung für neue Atomkraftwerke sich verändert hat? Noch vor zehn Jahren, ja noch vor sechs Jahren, wurde gesagt: Wir brauchen sie, weil durch das wirtschaftliche Wachstum der Stromverbrauch ganz rapide steigt. Das heißt, als Folge des Wachstums brauchen wir die Atomkraftwerke. Jetzt hören wir von der neuen Regierung: Wir brauchen die, weil der Bau von Atomkraftwerken auch Wachstum ist. Völlig unabhängig davon, ob die Überkapazitäten, die wir längst haben, dadurch noch vergrößert werden, und wir haben schon 50 Prozent Überkapazitäten in der Stromversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, und wenn die Strompreise steigen, dann nicht, weil wir zuwenig haben, sondern weil zuviel ungenutzte Kapazität verzinst und amortisiert werden muß. So ist es doch!

Aber wenn wir heute Filter in unsere Kohlekraftwerke gegen SO₂, Schwefeldioxyd, einbauen, dann ist das natürlich Wachstum, das schlägt sich auch in der Wachstumsstatistik nieder, denn die Kosten des einen sind ja immer die Erträge des anderen in der Ökonomie. Natürlich ist das auch Wachstum. Nur Frage, welches wollen wir denn? Wollen wir die Qualität unserer Kraftwerke verbessern oder wollen wir die Quantität erhöhen, obwohl wir es gar nicht nötig haben? Im Gegenteil! Jede Erhöhung der Quantität wirkt sich im Augenblick auf den Strompreis aus.

Nehmen wir einmal unsere Landwirtschaft. Was wir da an Wachstum haben, das ist phänomenal. Je mehr wir Chemie darauf streuen, desto mehr Wachstum in der chemischen Industrie. Weil wir Chemie darauf streuen, haben wir Wachstum in der Produktion von Nahrungsmitteln. Weil die aber zuviel sind, haben wir Wachstum im Bau von Kühlhäusern. Und weil diese Kühlhäuser auch Strom brauchen, haben wir Wachstum im Stromverbrauch. Und weil dafür wieder Kraftwerke gebaut werden müssen, haben wir Wachstum wieder in der Bauwirtschaft. So geht das weiter. Nur, dieses ganze Wachstum bezahlt der Verbraucher entweder über die Mehrwertsteuer oder über die erhöhten Preise für eine ökonomisch wie ökologisch sinnlose Landwirtschaftspolitik.

Das heißt also, wenn wir schon von qualitativem Wachstum reden, dann laßt uns zum Beispiel über die Qualität unserer Nahrungsmittel reden, nachdem die Quantität ohnehin schon zuviel ist. Oder wenn wir das Kabelfernsehen jetzt nehmen - ja, da hat sich wirklich etwas geändert nicht? Jetzt kommt ein neuer Typus bei uns auf in der Republik; ich würde ihn den Geschäftemacher mit dem unheilbar guten Gewissen nennen.

Aber da geht es dann auch wieder um die Quantität der Programme, wobei jeder weiß, daß mit der größeren Quantität die Qualität nicht besser wird, sondern wahrscheinlich wesentlich schlechter. Das ist eine Frage, wo wollen wir das Wachstum. Wollen wir das wirklich? In der Quantität des Angebots oder vielleicht in der Qualität? Selbstverständlich, je mehr die materiellen Bedürfnisse gedeckt sind, desto größer werden die



Bedürfnisse im kulturellen, im musischen Bereich. Das ist auch gut so. Wir haben in Baden-Württemberg einen ungeheuren Bedarf an Musiklehrern für kommunale Musikschulen. Die Übrigen zur Hälfte von den Eltern der Kinder, die dahin gehen, finanziert werden, die den Staat relativ wenig kosten. Aber das sind natürlich auch, wenn man so will, statistisch Wachstumschancen. Nur, es kommt darauf an wo.

Worum es mir geht, ist, daß wir die Prioritäten umkehren. Daß wir nicht mehr sagen, wir wollen x Prozent Wachstum, und dann sehen wir schon, was dabei herauskommt, und wie wir die Kosten dafür aufbringen, hinter den Schäden herzulaufen und die Schäden zu beseitigen, die dieses Wachstum hervorgerufen hat, wobei dann der Staat immer mehr so eine Art Müllabfuhr wird. Der Staat ist dann dazu da, den Unrat wegzufegen, der auf den Straßen des Wachstums übrig bleibt. Wenn ich es ganz zynisch sage, gelegentlich auch das, was manche menschlichen Unrat nennen würden, nämlich diejenigen, die dabei kaputtgehen, psychisch oder physisch in diesem Prozeß. Dafür ist der Staat dann zuständig, und da keucht er dann hinterher und wundert sich, wenn er keine wirklichen Gestaltungsmöglichkeiten mehr hat.

In dem Augenblick, wo wir über die Richtung des Wachstums entscheiden, in dem wir klären, indem wir die Rahmen verändern, zum Beispiel für Investitionen, dann wird das anders, dann fragen wir, was wir wollen, und nachher gucken wir in der Statistik interessehalber nach, welche Raten das gebracht hat. Das ist dann relativ uninteressant. Entscheidend ist doch, wie die Menschen leben, und nicht, was in der Statistik steht.

Bürokratie durch ungesteuertes Wachstum

Nun kommt der Einwand, dies würde Bürokratie schaffen. Meine Behauptung ist, genau das Gegenteil ist wahr. Die Bürokratie bei uns ist gewachsen durch ein ungesteuertes Wachstum. Wenn man zum Beispiel in der Großchemie alles laufen läßt, dann darf man sich nicht wundern, wenn man nachher einen immer größeren Kontrollapparat braucht, einen bürokratischen Kontrollapparat, zur Feststellung, wie verschmutzt die Luft ist, wie verschmutzt das Wasser, die Nahrung, der Boden ist und wo die Höchstgrenzen sind und sie überschritten werden. Das heißt genau, diese Art Wachstum produziert die Bürokratie. Nebenbei: Wenn wir eine ganz einfache politische Maßnahme durchsetzen könnten, die völlig systemkonform ist, wenn wir zum Beispiel auf landwirtschaftliche Chemikalien - ich meine jetzt nicht Kunstdünger -, landwirtschaftliche Gifte, den doppelten Mehrwertsteuersatz aufschlagen würden, was administrativ keinen Mann mehr brauchen würde, dann könnten wir uns eine Menge von diesem Kontrollapparat sparen, den wir brauchen, wenn das so weiterläuft, weil dann eben aus rein ökonomischen Gründen wahrscheinlich etwas weniger Gift verwendet würde. Das heißt, die politische Entscheidung braucht keine Bürokratie, die braucht nur Mut und Macht, es durchzusetzen. In dem Augenblick, wo man das unterläßt, da braucht man dann die Bürokratie, die hinter den Schäden herkeucht, die dieses Wachstum verursacht. Das könnte man an vielen anderen Beispielen deutlich machen. Wir werden demnächst einen großen Apparat gegen das Waldsterben haben. Möglicherweise riesige Kolonnen, die Kalk in die Wälder streuen, weil wir nicht imstande waren, rechtzeitig SO₂-Filter durchzusetzen und andere Maßnahmen zu treffen, die die Luft reinhalten. Wenn wir den Mut gehabt hätten, die Kraftfahrzeug-Steuer aufs Mineralöl zu tun, etwas, was wir tatsächlich nicht fertiggebracht haben, obwohl wir 16 Jahre lang den Verkehrsminister gestellt haben, dann hätte das nicht nur 5.000 Beamte bei den Finanzämtern eingespart, die jetzt nur hinter der Kraftfahrzeug-Steuer hinterherrennen und -herfahren, sondern wir hätten damit einen Anreiz geschaffen, ein Auto zwar zu haben, aber es nur dann zu verwenden, wenn man es wirklich braucht, was möglicherweise auch bei der Verkehrspolizei, bei den Unfalldiensten einiges weniger nötig gemacht hätte. Das heißt, wenn man politisch eine Sache entscheidet, braucht man dazu keine Bürokratie, sondern spart damit Bürokratie. Das gilt natürlich in einer ganz besonderen Weise für die Atomkraftwerke.

Ich gehöre nicht zu denen, habe nie zu denen gehört, die zum Beispiel die Strahlung eines Atomkraftwerks beim laufenden Betrieb für etwas Dramatisches gehalten hätten. Ich habe immer zwei Argumente gehabt. Das erste Argument, das wichtigere, war: Wer mir 100 Jahre inneren und äußeren Frieden garantieren könnte, mit dem könnte ich auch über Atomkraftwerke reden; ich habe nur noch keinen gefunden.



Nebenbei, wir leben in einem Land, wo man keine SS 20 brauchen würde, sondern nur Kurzstreckenraketen, und die ohne Atomsprengkopf, um durch die Zerstörung von drei Atomkraftwerken dieses Land unbewohnbar zu machen.

Das zweite war, daß ich sagte: Das ist eine Technologie, die nur mit einem riesigen Sicherheitsapparat funktionieren kann. Das heißt - mir hat einmal ein sozialdemokratischer Ministerpräsident gesagt, wieviel zusätzliche Polizeistellen er brauchen würde, wenn das Atomprogramm in seinem Land voll durchgesetzt würde -, genau die Art von Wachstum braucht einen riesigen Sicherheitsapparat, einen bürokratischen Apparat, während ein Blockheizkraftwerk oder eine dezentralisierte Energieversorgung oder gar die Einsparung von Energie, wie wir sie heute betreiben, überhaupt keinen Apparat erfordert.

Kurz: Meine Behauptung ist, wenn man politisch entscheidet, was wachsen soll, braucht man nicht mehr, sondern weniger Bürokratie. Die Bürokratie wuchert, weil wir keine Wachstumsentscheidungen treffen. So wird ein Schuh daraus.

Wachstum um jeden Preis ist miserable Ökonomie

Wenn also Ökonomie zu tun hat mit dem zweckmäßigen Einsatz knapper Ressourcen zur Befriedigung von Bedürfnissen und wenn Ökologie zu tun hat mit den Beziehungen der Lebewesen untereinander und mit ihrer belebten und unbelebten Umwelt, dann ist beides kein Gegensatz. Oder ich möchte es anders sagen: Der Versuch, Wachstum um jeden Preis zu schaffen, ist nicht nur ökologisch schädlich sondern auch miserable Ökonomie.

Miserable Ökonomie, weil sie eben nicht knappe Ressourcen zweckmäßig einsetzt. Laßt mich da noch einmal zurückkommen auf das Thema Energie. Vor fünf Jahren hat mir ein sozialdemokratischer Bundesminister gesagt: Wenn wir vom Öl wegkommen wollen, müssen wir dieses Öl durch Atomstrom ersetzen und dazu brauchen wir Atomkraftwerke. Wobei ja nicht gemeint ist, daß wir im Augenblick unseren Strom durch Öl erzeugen. Nur noch drei Prozent unseres Stroms wird durch Schweröl erzeugt und das wird immer weniger; das spielt keine Rolle mehr. Nein, offenbar war der Gedanke, in den Wärmekraft mit Atomstrom einzudringen. Seit dem Berliner Parteitag 1979, seit drei Jahren hat nun unser Ölverbrauch um etwa ein Viertel abgenommen. Wo wir früher vier Liter Öl gebraucht haben, brauchen wir jetzt drei. Das, was wir da in drei Jahren eingespart haben, ist etwa das Dreifache dessen, was alle unsere Atomkraftwerke zusammen an Energie liefern. Ja, das haben wir in drei Jahren einfach eingespart. Hätte man das ersetzen wollen, hätte man das Dreifache der Atomkraftwerke, die wir jetzt schon haben, bauen müssen, und jeder kann sich ausrechnen, das wären mindestens 30 Reaktoren zu 1200 Megawatt gewesen, und die hätten weit mehr als 100 Milliarden DM gekostet. Das ist sogar für Leute, die Haushalte aufstellen, eine ungeheure Summe. Das haben wir nicht ausgegeben. Nebenbei auch nicht das Geld, was man gebraucht hätte, um Polizei einzusetzen, damit man diese Kraftwerke überhaupt hätte bauen können. Man hat auch nicht das Geld gebraucht für den riesigen politischen Aufwand an Propaganda, den man gebraucht hätte, um so etwas durchzusetzen. Nein, man hat einfach eingespart. Wir haben einfach das Öl eingespart, nach dem großen Wort von Hans Matthöfer, die einzige Art, Öl einzusparen ist, daß man Öl einspart. Das war billiger. Meine Grundthese zur Energiepolitik lautet nicht, dieses oder jenes ist schlecht oder gut, sondern es ist einfacher, billiger, weniger gefährlich, weniger aufwendig, vor allem umweltfreundlicher und es schafft mehr Arbeitsplätze, den Energieverbrauch einzudämmen, als neue Energiequellen zu erschließen. So simpel ist das.

Das zweite. Wenn es gelingt, den Energieverbrauch zu drosseln, dann haben wir genug Zeit, uns langsam auf regenerierbare Energien umzustellen. Mancher wird jetzt sagen, wie ist es dann mit dem Gas-Röhren-Geschäft? Dann sage ich, das Gas-Röhren-Geschäft ist aus zwei Gründen gut gewesen. Der erste Grund war, daß Gas von dem fossilen Brennstoffen das umweltfreundlichste ist, das zweite ist, daß dieses Gas-Röhren-Geschäft dem Frieden dient. Ich war immer ein bißchen traurig darüber, daß auch die letzte Bundesregierung, vor allem der Herr Genscher, dieses Gas-Röhren-Geschäft damit begründet hat: Das haben wir nun mal unterschrieben. Wenn Herr Strauß das unterschrieben hätte, dann hätte er gesagt: Pacta sunt servanda; ja, der spricht ja so volkstümlich. Aber keiner ist hingegangen und hat gesagt: Nein wir werden dieses Geschäft weiterführen, weil wir es im Interesse des Friedens für richtig halten, damit die ein Interesse an



unserer Wohlfahrt bekommen und wir ein Interesse an ihrer Wohlfahrt bekommen. Das hätte einen Sinn ergeben.

Meine Behauptung ist, daß die meisten ökologischen Schäden durch eine unsinnige Ökonomie entstehen. Die Schäden, die wir etwa durch die Abgase unserer großen Laster haben, und die natürlich direkt in die Wälder gehen. Die entsprechen einfach den Schäden, die diese Laster auf den Autobahnen anrichten, die wir bezahlen samt dem Defizit der Bundesbahn, das wir auch bezahlen und das dadurch entsteht. Das, was hier die ökologischen Schäden hervorruft ist ökonomisch völlig sinnlos und ist nur dadurch zu erklären, daß 1966/67 ein Verkehrsminister, nämlich Georg Leber, versucht hat, mit der Fernverkehrslobby es aufzunehmen und dabei fürchterliche Prügel bezogen hat. Die Frage ist also nicht, entscheiden wir uns für das ökonomisch oder ökologisch Richtige, sondern haben wir die Macht und den Mut, das ökonomisch und ökologisch Vernünftige gegen ganz bestimmte Interessengruppierungen durchzusetzen. Das ist die Frage.

Das gilt auch für den Kanalbau. Der ist ja nicht nur ökologisch schwierig, sondern der ist offenkundig ökonomisch unsinnig, übrigens nicht nur dieser Kanalbau, der jetzt da zur Debatte steht. Das galt schon für einige vorhergehende. Sogar bei dem berühmten Beispiel Ökonomie/Ökologie der Startbahn West gibt es doch ernsthafte Zweifel, ob bei der Entwicklung der Passagierzahlen dies auch nur eine ökonomisch sinnvolle Investition sein wird.

Deshalb: Es geht um eine ökologisch verantwortliche Ökonomie, und die muß durchgesetzt werden gegen Partikularinteressen. Nun kann ich mir vorstellen, daß da ein Einwand kommt vor allem von unseren jungen Freunden. Sie werden sagen: Aber die kapitalistische Wirtschaft ist doch auf Kapitalverwertung aus, auf Gewinn und Profit, ist dann die Definition von Ökonomie, die du da gibst, mindestens betriebswirtschaftlich haltbar. Ich würde darauf drei Antworten geben. Die erste Antwort: Ich stelle fest, daß wir Umweltschäden leider auch da und dort geradezu in besonderer Weise haben, wo nicht der Profit das Ziel des Wirtschaftens ist. Das muß man schlicht feststellen. Wer mal in der Tschechoslowakei war, gesehen hat, was dort vor sich geht, der weiß das. Die Polen haben es sogar fertiggebracht, bei einer zusammenbrechenden Ökonomie die Ostsee in einer schrecklichen Weise zu vergiften.

Zweitens. Ich stelle fest, daß die Interessen der Kapitalverwerter eben sehr unterschiedlich sind. Es ist zum Beispiel in der Energiepolitik, mindestens in Baden-Württemberg, schon möglich, die ganzen kleinen und mittleren Betriebe zu mobilisieren, die Dämmscheiben herstellen, die Sonnenkollektoren herstellen, die handwerklich arbeiten, zur Energieeinsparung. Die melden sich auch schon. In Baden-Württemberg sind wir nahe an dem Punkt, daß die Leute begreifen: Die Frage nach der Energiepolitik ist auch die Frage nach einer Industriepolitik, ob wir nämlich alles machen lassen von ein paar riesigen Konzernen, die Kernkraftwerke bauen können, oder ob wir den kleinen und mittleren Betrieben eine Chance geben können, die mehr Arbeitsplätze schaffen können, nämlich die Chance, eine andere Energiepolitik durchzuführen. Das heißt: Hier gibt es verschiedene Interessen innerhalb der Unternehmerschaft.

Das dritte ist: Ich glaube, wir haben politisch Weichen zu stellen bei Energie, Landwirtschaft, Rüstung, noch einigen anderen. Wenn wir diese Weichen stellen, ergeben sich daraus Tausende von individuellen Investitionsentscheidungen ganz von selbst.

Wenn wir uns heute politisch entscheiden würden für eine bestimmte Energiepolitik, würden wir damit tausende von privaten Investitionsentscheidungen hervorrufen.

(-/28.12.1982/ks/ca)

+ + +

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Willi Carl

